

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1921

273 (22.11.1921)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 7 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 7 M.; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruher Ablagen abgeholt 6 M. monatlich. — Einzelexemplar 30 P.

Ausgabe: Werktag mittags. Geschäftsstelle: n. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die einspaltige Kolonelle 1.40 M. Die Reklamezeile 4.— M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Japan und die Abrüstungsvorschläge Kommissionssitzung in Washington

21. Paris, 21. Nov. Ueber die gestrige Kommissionssitzung der Konferenz in Washington wird ergänzend mitgeteilt: Admiral Gato setzte den Standpunkt der japanischen Regierung zu den amerikanischen Vorschlägen auseinander. Nach ihm sprachen für Amerika Root, für England Balfour, für Frankreich Briand und für China Dr. See. Dr. See führte aus, daß Japan nach den Ausführungen Gatos Ausflüchte suche. Es sei bereit, die Integrität, die offene Tür und die Souveränität Chinas anzuerkennen, Praktisch aber wolle es in der Mongolei und in Siam bleiben, verlange die Berücksichtigung des Umstandes, daß es unmittelbar Nachbar Chinas sei. Heute vormittag werden die Beratungen fortgesetzt. Ueber die Frage der Seearüstung verlaute, daß alle Bemühungen, Hughes zu Ueberwindungen zu bewegen, bisher ohne Erfolg geblieben sind. Balfour erklärte daraufhin, dem „Newport Detail“ zufolge: England wolle auf alle Abänderungsvorschläge verzichten, die Japaner dagegen bestehen noch wie vor auf der Befassung einer größeren Anzahl von Flugzeugmuttermaschinen, als Quahes angesehen will. Hiergegen protestierten die amerikanischen Sachverständigen, die in den Begleitmuttermaschinen, Schiffe mit offenem Charakter seien.

Eine Rede Briands

22. Paris, 22. Nov. Der Sonderberichterstatter des Cabas-Agentur berichtet aus Washington: In der heutigen Vollversammlung der Konferenz ergriff Briand das Wort. Er erklärte, um Frieden zu schließen, müsse man zu zweien sein. Man müsse den Nachbarn betrachten. Die Entwaffnung müsse nicht nur materiell, sondern auch moralisch erfolgen. Wir hoffen, beweisen zu können, daß in Europa wie es augenblicklich ist, noch keine Veranlassung vorliegt, die Waffen zu zerbrechen, noch weniger die Neutralität zu verletzen, die im Interesse seiner Sicherheit in Betracht zu ziehen. Er gebe zu, daß amerikanische Staatsbürger sagen: „Der Krieg ist gewonnen, der Frieden unterzeichnet, Deutschland ist mit einem stark vermehrten Heere besetzt, kein Kriegsmaterial bernichtet! Warum behält Frankreich eine beträchtliche Aree?“ — Die Versuche, von Hinterbänkeln Frankreich zu sprechen, als wolle es eine imperialistische Hegemonie aufbauen und sich anstelle des alten imperialistischen Deutschlands setzen, das sei der grausamste Vorwurf, den man den Franzosen machen könnte. Wenn es ein Land gebe, das mit allen Kräften den Frieden erstrebe, so sei es Frankreich. Ein ganzes Jahr hindurch habe Deutschland über seine Verpflichtung diskutiert und sich geweiht, für den Wiederaufbau zu zahlen und zu entnehmen. Frankreich sei aber fast gelähmt; es habe nichts unternommen wollen, was die Lage erleichtern hätte. Es habe keinen Haß im Herzen, es wolle alles tun, daß zwischen Deutschland und ihm die blutigen Konflikte beendet werden. Er, Briand, wolle nicht ungerecht sein; er gebe ein Deutschland, das aus Männern bestehe, die im Frieden demokratische Einrichtungen aufbauen wollen. Man werde alles tun, um diesem Deutschland zu helfen. Aber es gebe noch ein anderes Deutschland, das durch den Krieg nichts gelernt habe und das seine schlechten Absichten von vor dem Kriege beibehalte. Man dürfe sich nur an den Staatsstreich Kappe erinnern. Wäre er gelungen, dann wäre das alte Deutschland wieder entstanden. Man dürfe den Wert der deutschen Soldaten nicht unterschätzen. Der französische Soldat wüßte, mit welchem Helmut diese Soldaten zu kämpfen fähig seien. Viele Millionen, die aus dem Krieg hervorgegangen seien, wären vorhanden und es sei möglich, sie morgen zu mobilisieren. Als Cabres betrachtet Briand die deutschen Kolonialfragen und die Reichswehr.

(Schluß der Rede noch nicht eingetroffen.)

Besprechungen des Reichskanzlers

21. Berlin, 22. Nov. Gestern hatte der Reichskanzler Besprechungen mit Führern der Sozialdemokratie und des Zentrums. Im Zusammenhang der Erörterung der Finanzlage ging man besonders auf die gegenwärtige Teuerungswelle mit ihren Auswirkungen auf die innerpolitische Lage ein. In diese Besprechungen schloß sich die Kabinettsitzung an. Auch in dieser Sitzung beriet man über das gleiche Thema, sowie über das Reparationsproblem und das Kreditangebot der Industrie. Wie aus preussischen parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, beschäftigte sich die preussische Regierung ebenfalls mit den Vorgängen der letzten Tage. Innerhalb des preussischen Kabinetts sieht man keine unmittelbare Gefahr in diesen Vorgängen. Gestern hielt das preussische Staatsministerium im Landtag eine Sitzung ab, in der diese Vorgänge ebenfalls eingehend erörtert wurden.

Neuwahlen in Belgien

Brüssel, 21. Nov. Am Sonntag fanden in Belgien die Wahlen für die vollständige Neubildung der Deputiertenkammer und des Senats statt. Der Wahlkampf drehte sich besonders um die Sprachenfrage und um die Herabsetzung der Militärdienstzeit auf sechs Monate. Soweit sich bis Mitternacht die Wahlergebnisse übersehen lassen, ist eine leichte Abnahme der sozialistischen Stimmen und eine Zunahme der katholischen zu verzeichnen.

Die bisherige Kammer zählte 186 Mitglieder, und zwar 70 Katholiken, 70 Sozialisten, 14 Liberale, fünf Mitglieder der Frontpartei, zwei Mitglieder der Partei der ehemaligen Kriegsteilnehmer, zwei Mitglieder der Partei der nationalen Wiedergeburt, ein Mitglied der Mittelstandspartei.

Der bisherige Senat umfaßte 120 Mitglieder, und zwar 63 Katholiken, 43 Liberale und 14 Sozialisten. Der neue Senat wird nach dem Gesetz über die Umbildung des Senats 153 Mitglieder umfassen, und zwar 93 aus Wahlen hervorgehende Mitglieder, 40 von den Provinzialräten gewählte und 20 von den Senatoren selbst erwählte Mitglieder. — Die Wahlen für die gesetzlichen Körperschaften erfolgen auf Grund des allgemeinen Stimmrechts nach dem Proporzionalwahlrecht. Die Frauen nehmen nicht daran teil, sie haben in Belgien nur das Gemeindewahlrecht.

Die Neubildung der badischen Regierung

Staatspräsident: Unterrichtsminister Dr. Hummel — Stellvertretender Staatspräsident: Justizminister Trunk — Innenminister: Kemmele — Arbeitsminister: Dr. Engler — Finanzminister Köhler — Die Neuordnung der Beamtenbesoldung

gr. Karlsruhe, 21. November.

Nachdem in der Presse ein längeres Schärmmüßel vorangegangen war, bei dem manche unsichere Kantonten ihre geringe Festigkeit zu zeigen für gut fanden, wurde in der heutigen Landtagsitzung die verfassungsmäßig vorgeschriebene Neuwahl der badischen Regierung vorgenommen. Die Wahl ging gemäß den Vorschlägen des Seniorenbörsen, der sich auf den Standpunkt der Aufrechterhaltung der bisherigen Koalition stellte, wobei die stark reduzierten Demokraten den bisherigen Staatsrat Schön im Kabinett verließen, vor sich: Wegen der weißen Stimmzettel der Oppositionsparteien wurden von den Koalitionsparteien mit 58 Stimmen, also sehr großer Mehrheit, die bisherigen Minister und Staatsräte wiedergewählt. Die sozialdemokratische Partei stellt jedoch wie bisher im Kabinett den Innenminister Kemmele, den Arbeitsminister Dr. Engler und den Staatsrat Marum. Das Zentrum stellt den Justizminister Trunk und den Finanzminister Köhler sowie die Staatsräte Weichaupt und van End. Die Demokraten belassen im Kabinett den Unterrichtsminister Dr. Hummel. Nach der Bildung des Kabinetts erfolgte die Wahl des Staatspräsidenten. Sie ging gemäß einem Abkommen vom Jahre 1919 vor sich, wonach im Präsidium des Kabinetts die Koalitionsparteien sich gegenseitig abzulösen haben. Nachdem bisher die Sozialdemokraten und das Zentrum das Präsidium innegehabt hatten, war die Reihe an den Demokraten, woran sich die Koalitionsparteien auch noch nach den Wahlen gebunden hielten. Sonach wurde bei 21 weißen Stimmzetteln Unterrichtsminister Dr. Hummel mit 56 Stimmen zum Staatspräsidenten und Justizminister Trunk mit 56 Stimmen zum stellvertretenden Staatspräsidenten gewählt. Die badische Regierung ist sonach unter Aufrechterhaltung der Koalition gebildet. Unser Wunsch ist es nun, daß sie in Fortsetzung der bisherigen guten badischen Politik Land und Volk Baden auch weiterhin einer aufsteigenden Entwicklung entgegenzuführen möge.

Nach der Regierungsbildung wurde in die Beratung der neuen Besoldungsordnung eingetreten. Schwere Herzen erklärten die verschiedenen Redner ihre Zustimmung zu der für die unteren Besoldungsklassen höchst unbefriedigenden Vorlage, während der Kommunist Wolf sie ablehnt und die Beamten auf die kommende Weltumwälzung verweist. Der sozialdemokratische Redner Abg. Genosse Wirth erklärte unter scharfer Kritik des mangelhaften Gesetzes die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zum Gesetz, da eine Ablehnung den Beamten nur noch weitere Nachteile bringt, während durch die Genehmigung die Beamten wenigstens rasch die Gehaltserhöhung bekommen und der badische Landtag durch das Reichsperregesetz auch nicht in der Lage ist, an den Sätzen etwas zu ändern. Der morgige Tag wird deshalb die Genehmigung der neuen Besoldungsordnung bringen.

4. Öffentliche Sitzung

Präsident Witemann eröffnet die Sitzung um 4 Uhr.

Regierungswahl

Gemäß der Verfassung wählt der Landtag nach seinem Zusammentritt die Minister und Staatsräte. Die in gemeinsamer Abstimmung durch Stimmzettel vorgenommene Wahl bringt folgendes Ergebnis:

- Insgesamt werden 81 Stimmzettel abgegeben; hiervon erhalten:
Abg. Kemmele (Soz.) als Innenminister 58 Stimmen,
Abg. Dr. Engler (Soz.) als Arbeitsminister 58 Stimmen,
Abg. Trunk (Ztr.) als Justizminister 58 Stimmen,
Abg. Köhler (Ztr.) als Finanzminister 58 Stimmen,
Abg. Dr. Hummel (Dem.) als Unterrichtsminister 58 Stimmen,
Abg. Marum (Ztr.) als Staatsrat 58 Stimmen,
Abg. Weichaupt (Ztr.) als Staatsrat 58 Stimmen,
Abg. van End (Ztr.) als Staatsrat 58 Stimmen.
23 Stimmzettel sind unbeschrieben.
Die Gewählten nehmen die Wahl an.

Die Wahl des Staatspräsidenten

Nach der Verfassung ist aus den Ministern die Wahl des Staatspräsidenten vorzunehmen. Auch diese Wahl wird in gemeinsamer Abstimmung durch Stimmzettel vorgenommen. Es werden 79 Stimmzettel abgegeben. Hieron erhalten:

- Minister Dr. Hummel als Staatspräsident 56 Stimmen,
Minister Trunk als stellvertretender Staatspräsident 56 Stimmen.

21 Stimmzettel sind unbeschrieben; 2 Stimmzettel lauten auf Justizminister Trunk als Staatspräsident.

Unterrichtsminister Dr. Hummel erklärt die Wahl als Staatspräsident anzunehmen; Justizminister Trunk nimmt die Wahl als stellvertretender Staatspräsident an.

Präsident Witemann stattet dem bisherigen Staatspräsidenten Justizminister Trunk für seine Arbeit als Staatspräsident den Dank des Hauses ab und begrüßt den neuen Staatspräsidenten Hummel mit den besten Wünschen für die Zukunft. (Beifall.)

Staatspräsident Dr. Hummel dankt für die Begrüßung und anerkennt die Leistungen des bisherigen Staatspräsidenten Trunk. Das Kabinett wird demnächst mit Erklärungen vor das Haus treten; es wird seine Geschäfte verfassungsmäßig führen und die Rechte aller Schichten wahrnehmen. Mit Vertrauen wird es uns gelingen, über die Stürme dieser schweren Zeit hinwegzukommen. (Beifall.)

Die Änderung des Besoldungsgesetzes

Abg. Dr. Baumgärtner (Ztr.) berichtet namens des Haushaltsausschusses über die neue Besoldungsvorlage, zu der die Teuerung zwingt, wobei Baden sich an der Besoldungsvorschriften des Reiches zu halten hat. Hierbei wurde ein vollständiger Neuaufbau der Grundgehälter vorgenommen. Der Teuerungszuschlag beträgt 20 Proz. Die Reichsregierung hat alsbaldige Nachprüfung der jetzigen Sätze zu. Die Länder und Gemeinden haben durch das Reichsperregesetz kein Recht, über die Sätze des Reiches hinauszugehen. Von allen Seiten wurde im Ausschuss scharf kritisiert, daß der Reichstag keine wesentliche Erhöhung der Bezüge der unteren Gruppen vornahm. Der Haushaltsausschuss konnte infolge des Sperregesetzes keine Änderung der Sätze nach oben hin vornehmen. In Gestalt einer Resolution verlangte er dagegen eine sofortige höhere Einstufung der unteren Gehaltsgruppen. Die badische Regierung war von vornherein um eine solche Regelung bemüht; ihre Vorschläge wurden jedoch im Reichstag abgelehnt. Der Haushaltsausschuss verlangt vom Reich dringend die sofortige Durchprüfung der Besoldungsvorlage. Da eine Kürzung der oberen Gehälter, die weit niedriger sind als die diesbezüglichen Reichsgehälter, den unteren Stufen nichts genügt hätte, wurde an den Vorschlägen der Regierung keine weitere Änderung vorgenommen. Dagegen soll rasche Änderung der unteren Stufen erwirkt werden. Das Reich hat sich grundsätzlich zu der Verpflichtung bekannt, den Mehraufwand der bisherigen Vorlagen auf die Reichskasse zu übernehmen. Die Mehrausgaben der jetzigen Vorlagen sollen zunächst Deckung finden aus den Mehreinnahmen der Länder und Gemeinden. Diese lassen sich jedoch nicht mehr übersehen, deshalb hat sich das Reich bereit erklärt, dementsprechende Vorschläge an die Länder zu gewähren. In einem Antrag wurden auch für die Gemeinden die diesbezüglichen Vorschläge gewünscht. Die Regierung erklärte hierzu, den Gemeinden Vorschläge für die Monate Oktober bis einschließlich Dezember zu gewähren; inwieweit sie die Mehrausgaben durch Gebühren aufdecken können, mindern sich ab 1. Januar diese Vorschläge an die Gemeinden. Der tatsächliche Aufwand läßt sich heute noch nicht übersehen. Es wäre jedoch den Beamten gegenüber unantastbar, weiter zuzuwarten, da die Preise ständig steigen. Der Haushaltsausschuss ist deshalb mit einverstanden gewesen, daß mit der vorläufigen Auszahlung bereits begonnen worden ist. Den Altrentnern und Altrentnerinnen steht zwar auf eine Neuordnung kein Rechtsanspruch zu. Die Not, unter der gerade die Rentner so sehr leiden, zwingt jedoch auch hier zu einer Änderung. Es ist daher vorgezogen, daß das Pensionsänderungsgesetz auch hier füngemäße Anwendung findet. Die Regierung wird daher alsbald eine diesbezügliche Vorlage für die Altrentner und Altrentnerinnen machen. Der Haushaltsausschuss beantragt Annahme des Gesetzes und seiner Resolutionen, worin er sofortige Nachprüfung der Gehaltsfrage der unteren Besoldungsgruppen beantragt und eine Änderung bezüglich der Kinderzulage verlangt.

Abg. Wirth (Soz.):

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich mit der Vorlage gründlich befaßt und hält sie sozial für höchst ungerecht. Wenn eine Ablehnung der Vorlage die Sache verbessern würde, würde die sozialdemokratische Fraktion sie ablehnen. Das Reichsperregesetz macht jedoch eine Änderung, vor allem durch Zusätze unmöglich. Wir standen vor der Alternative: Annehmen oder ablehnen. Rein Mensch wird behaupten, daß ein Grundgehalt von 7600 M. eine Existenzgrundlage bietet. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist Tatsache, daß es den unteren Schichten der Beamten und der Arbeiterschaft fast unmöglich ist, ihren Kindern Schuhe und Strümpfe zu beschaffen. Auch die Art des Teuerungszuschlages mit allgemein 20 Proz. auf den Grundgehalt ist höchst ungerecht. Denn die Teuerung trifft die unteren Schichten mindestens so schwer als die oberen. Der prozentuale Teuerungszuschlag sollte unten erhöht und oben gekürzt werden. Auch die Aufbesserungszuschläge sind sehr unbefriedigend. Alle diese Momente sprachen für eine ablehnende Haltung gegenüber der Vorlage, die ein Unrecht gegenüber den unteren Gruppen ist, das gutgemacht werden muß. Wenn wir trotzdem der Annahme der Vorlage zustimmen, so schon vor allem deshalb, weil die Beamenschaft darum hat, die Auszahlung nicht weiter hinauszuziehen, da sich der Geldwert von Tag zu Tag verringert. Wir stimmen jedoch nur unter der Bedingung zu, daß in eine sofortige Nachprüfung der Besoldungsvorlage eingetreten werden muß. Wenn diese Nachprüfung nicht in Wäde erfolgt, so behalten wir uns vor, mit den verfassungsmäßigen Mitteln dies durchzusetzen. Gleich dringend erscheint uns die Neuordnung für die Rentner, Hinterbliebenen und Arbeiterrentner sowie für die Gemeinbeamteten. Weiter wünschen wir beschleunigte Auszahlung der neuen Gehälter. Warend auf die Zulieferung rascherer Neuordnung in sozialem Sinne stimmen wir sonach der Vorlage zu.

Advertisement column on the left edge of the page, containing various notices and small advertisements.

Abg. Dr. Schmitt (Str.): Wir stimmen der Vorlage trotz ihrer großen Mängel zu. Gleichfalls treten wir den Resolutionen bei. Wir freuen uns über die rasche Ausgabung. Wir freuen uns ferner, daß die Vorlage der geistigen Arbeit wieder den gebührenden Platz gewährt.

Abg. Dr. Mayer-Karlruhe (D.R.) stimmt der Vorlage zu. Abg. Goffeinz (Dem.) weist auf die Zwangslage gegenüber der Vorlage hin, die ironisch zu verstehen ist. Das Gesetz gibt den Massencharakter der bürgerlichen Parteien wieder. Die nächste Katastrophe werden die Dinge erheblich vergrößern. Wir können das Befolgungsgesetz nicht annehmen. Das Befolgungsgesetz und die Resolutionen bedeuten keinen Ausweg. Der Lohn ist heute nur eine Fiktion. Wir fordern grundsätzliche Erfassung der Vermögen der Reichen und hieraus Bezahlung der Arbeiter. (Zwischenruf: Rußland!) Javohl, vielleicht ähnlich wie in Rußland. Manche Dinge von Rußland werden wir vielleicht auch noch in Deutschland erleben. Wir lehnen das Gesetz ab, stimmen jedoch der 1. Resolution zu. Gerade durch solche Vorlagen wird die bürgerliche Gesellschaft untergraben.

Nächste Sitzung: Donnerstag früh 9 Uhr. Tagesordnung: Befolgungsvorlage. Schluß der Sitzung: 7.10 Uhr.

Erwerbslosenunterstützung und Forderung

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat durch den Genossen Stod folgenden Antrag im Landtag eingereicht:

Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß die Erwerbslosenunterstützungsmasse umgehoben erhöht und den verletzten Verhältnissen angepaßt werden. In der Begründung weist der Antrag darauf hin, daß es sich nicht um einen bloßen Zuschuß handelt, sondern um eine wirkliche Unterstützung. Die Erwerbslosen sind in Rußland durch die Arbeit Verbienft nicht nachgewiesen werden kann, mit den jetzigen geringen Löhnen zu empfinden, nachdem eine gewaltige Steigerung der Preise aller Bedarfsartikel eingetreten ist.

Zwischengeschaltet hat das Reich bereits eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung vorgenommen.

Die Hungerstreikaktion im Lichtenburger Gefängnis

Aus Berlin schreibt man uns:

Im Reichstag ist am Samstag die Angelegenheit des Hungerstreiks im Gefängnis von Lichtenburg zur Sprache gekommen. Es wurde beschlossen, sofort einen Ausschuß einzusetzen, der die Angelegenheit untersuchen soll. Die sofortige Entlassung aller am Hungerstreik Beteiligten aus der Strafkast wurde abgelehnt. Als sicher ist jedoch zu erwarten, daß man diejenigen Häftlinge, die, sei es auch durch Verweigerung der Nahrungsaufnahme, also aus eigenem Willen krank geworden sind, aus der Haft entlassen wird. Das ist der Sachverhalt. Vollständig aber gestaltet sich die ganze Angelegenheit zu einem parlamentarischen Nebenfall der Kommunisten auf die Sozialdemokraten, den die Unabhängigen unter Führung Rosenfelds, Ledebours, und Crispiens mitmachten. Das parlamentarische Bild, das der Reichstag seit etwa einem Jahr geboten hatte, war vollkommen zerstört. Die Unabhängigen kämpften mit wütenden Tiraden gegen die Sozialdemokraten, während die Rechte ob des ihr ganz unterworfenen Glückes sich die Hände rieb und den lachenden Zuschauer machte.

Die Häftlinge von Lichtenburg sind Teilnehmer an den mitteldeutschen Märzunruhen vom März d. J. Das Verbrechen jener Aktion ist von niemandem schärfer gekennzeichnet worden als von dem bisherigen Führer der kommunistischen Partei Dr. Paul Lebi. Ein großer Teil der kommunistischen Partei stellte sich offen oder heimlich auf Lebis Seite, sodaß über den Charakter der Märzaktion eigentlich im ganzen deutschen Volk einschließend ein Teil der kommunistischen Partei vollkommene Einigkeit besteht. Aber unter den Arbeitern, die sich an diesem der Arbeiterklasse höchst schädigenden Unternehmen beteiligten, ab es sicher eine ganze Menge anständiger Leute und ehrliche Idealisten. Darum ist die Sozialdemokratie stets mit der größten Energie dafür eingetreten, daß die harten Urteile, die wegen der Märzunruhen gefällt wurden, einer Nachprüfung unterzogen würden. Natürlich konnte aber die Sozialdemokratie billigerweise nicht verlangen, daß alle jene, die Eisenbahnschienen aufgerissen und auf Polizeibeamte geschossen hatten, vollkommen straffrei bleiben sollten.

Ein Teil der Beurteilten wurde also begnadigt. Ein anderer Teil, vielleicht immer noch ein zu großer, blieb in den

Gefängnissen zurück. Die Sozialdemokratie wird auch weiterhin dafür eintreten, daß diese Leute, sofern sie aus Idealismus gehandelt haben, oder zu schwer beurteilt wurde, ihre Strafe nicht ganz zu verbüßen brauchen.

Ein Teil der Häftlinge in Lichtenburg ließ sich nun einreden, das Freilassungsverfahren könnte radikal beschleunigt werden, wenn sie die Nahrungsaufnahme verweigerten. Die Kommunisten leiteten eine Aktion in diesem Sinne ein und die Unabhängigen unter Führung ihres linken Flügel schlossen sich ihnen an. Sie mußten wissen, daß sie damit an den neuen Reichsjustizminister Genossen Rabbuch, der bereit ist, für politische Häftlinge alles zu tun, was er vernünftigerweise tun kann, eine ganz unmögliche Zumutung stellen. Erstens steht dem Reichsjustizministerium nicht die Exekutive zu, 2. aber kann sich kein Reichsjustizminister auf den Standpunkt stellen, daß jeder Häftling ohne weiteres zu entlassen sei, wenn er sich weigerte, im Gefängnis zu essen. Das wäre das Ende jeglicher Strafvollst.

Weil Genosse Rabbuch das in schlichter und ruhiger Weise auseinandersetzte, fielen die Kommunisten und die linken Unabhängigen in bewußt unehrlicher Weise über ihn her. In ihrer Darstellung verwandelte sich die Märzaktion, deren schändlicher Charakter sie selber früher aufs schärfste betont hatten, zu einem überaus ruhmvollen Klassenkampf des Proletariats und jeder Teilnehmer an ihr zu einem Heiligen und Märtyrer. Genosse Rabbuch aber wurde als ein Ungeheuer hingestellt; weil er nicht die sofortige Freilassung aller Beurteilten proklamierte, was er, wie gesagt, nicht einmal gekannt hätte, wenn er es gemollt hätte, und was, wie die Unabhängigen und Kommunisten selber genau wußten, eine ganz unmögliche Forderung war.

Die Kommunisten und die von ihnen geleitete Unabhängigen glaubten hier eine günstige Gelegenheit erblickt zu haben, um die Arbeiterschaft gegen die sozialdemokratische Partei aufzufahren. Sie rechneten dabei auf das Gefühl der Sympathie für politische Häftlinge aus dem linksradikalen Lager, das zweifellos in der Arbeiterschaft vorhanden ist. Die Arbeiterschaft in ihrer großen Masse weiß aber auch sehr genau, daß kein Staat der Welt bewaffnete Aufstände dulden und denen, die sich an ihnen beteiligen, Straffreiheit zusichern kann. In der Debatte wurde von den Genossen Rabbuch und Müller-Franken darauf verwiesen, wie sich die russische Sowjetrepublik in solchen Angelegenheiten zu verhalten pflegt. Die Kommunisten wußten darauf nicht anders zu erwidern, als mit dem Zuruf, dies sei eben ein proletarischer Staat.

Nun gibt es in Deutschland keinen seiner Sinne mächtigen Arbeiter, der Deutschland in einen „proletarischen Staat“ nach dem Vorbild Rußlands verwandeln möchte. Das wollen die Kommunisten nicht, die heute selber nicht mehr wissen, was sie wollen, aber „proletarischer Staat“ oder „demokratische Republik“ es bleibt eben dabei, daß kein Staat darauf verzichten kann, gegen bewaffnete Aufstände Widerstand zu leisten und die Teilnehmer an ihnen zur Verantwortung zu ziehen.

Was die Kommunisten und die Unabhängigen am Samstag im Reichstag — und gleichzeitig im Landtag — aufführten, war ein durch und durch unehrliches Spiel. Wobin es weiter führen soll, wenn die Unabhängigen auf diesem Wege fortschreiten, ist nicht abzusehen. Denn die Sozialdemokratische Partei hat gar keine Lust für all das, was sie bisher im Einverständnis mit den Unabhängigen und auf Bitten der Kommunisten zur Abwendung des Loses der politischen Gefangenen getan hat, von den Unabhängigen und den Kommunisten verleumden und beschimpfen zu lassen. Wenn den Unabhängigen der Genosse Rabbuch als Justizminister nicht gefällt, so können sie vielleicht bald einen andern haben, und wenn ihnen die Regierung nicht gefällt, so können sie vielleicht bald eine andere bekommen. Ob aber eine bessere, würde sich bald zeigen. Politisch liegt bei den Unabhängigen bald die Erkenntnis, daß das, was sich am Samstag ereignete hat, nur ein äußerst unehrliches Spiel zwischen Spielern darstellt. Sie brauchen ja nur am Samstag auf die Gesichter der Sozialdemokraten zu sehen, um zu erkennen, was sich diese von einer neuen gegenseitigen Verflechtung der Arbeiterparteien erwarten.

Ueber den Kommunistenkravall im preussischen Landtag

Schreibt der „Vorwärts“:

Die Landtagsitzung am Samstag endete in Tumult, der die Kommunisten in ihren heißen Gemütern zeigte, jede Würde des Parlaments zu ruinieren. Gemüß war es ein unbegreiflicher Heißer der bürgerlichen Parteien, daß sie die Verhinderung des am Vormittag eingeleiteten Ausschusses über den Lichtenburger Hungerstreik durch ihren Einspruch verhinderten. Aber die hegelhafte Manier, in der die Kommunisten ihrer Enttäuschung Ausdruck gaben, konnte nur bewirken, daß der berechtigten Kern ihrer Enttäuschung über die Art ihres Benehmens sehr schnell vergessen wurde.

Man hatte von Anfang an den Eindruck, daß die Kommunisten auf jeden Fall Sturmstößen im Parlament herbei-

führen wollten. Das hatte sich schon bei der ersten Verhandlung der Lichtenburger Angelegenheit am Vormittag gezeigt, als sie tobenden Widerspruch gegen eine Behandlung der Sache erhoben, der ihr Vertreter im Ausschusse, Schulz-Neufuß, selber zugestimmt hatte. Am Nachmittag zeigte es sich erst recht, vor allem trat klar zutage, daß mit aller Gewalt die Sache gegen die Sozialdemokratie ausgeschlagen werden sollte. Der Kommunist Rab stellte vollkommen unwahre Behauptungen über die Haltung des sozialdemokratischen Vertreters in dem vom Landtag eingesetzten Ausschusse auf. Als von bürgerlicher Seite gegen die sofortige Verichterstattung des Ausschusses Einspruch erhoben wurde, beschuldigten die Kommunisten den sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden, Genossen Krüger, den Einspruch erhoben zu haben und insultierten ihn in ungläubiger Weise. Dann schritten sie zur „Aktion“ in dem Moskauer wohlgefälligen Sinne. Der Kommunist Schulz-Neufuß verband eine Geschäftsordnungsrede mit einem Schwall persönlicher Beschimpfungen gegen Mitglieder des Hauses und goß schließlich, als ihm nach dreimaligem Ordnungsruf die bürgerliche Mehrheit das Wort entziehen wollte, den Inhalt des Wasserglases auf die zunächst stehenden Abgeordneten aus. Sein Kollege K a h sekundierte ihm, indem er dem Präsidenten die Hand wegnahm. Man hatte nicht mehr den Eindruck, in einem Parlament, sondern in einer Klasse ungesogener Schulbuben zu sein.

Das ganze Treiben der Kommunisten machte einen ebenso beschämenden wie widerwärtigen Eindruck. Die von Schulz und Rab neu gezeigten „revolutionären Kampfmittel“ konnten jedem ernsthaften Menschen nur als unsägliches Mißverhältnis erscheinen. Der Sache der Gefangenen wird auf diese Weise natürlich nicht im mindesten gedient. Aber darauf kommt es diesen Heiden von Wasserglas und Glode auch gar nicht an; ihnen ist der Stempel der Endgültigkeit ihres Tuns.

Gegen Schieber und Wucherer

Die Presseabteilung der Bad. Regierung teilt mit: Schieber und Wucherer beuten zur Zeit mehr denn je das Volk aus. In verbrecherischer Habgier benutzen sie die Not der Volksgenossen, um sich durch Preistreiberei und verbotene Ausfuhr schamlos zu bereichern. Das Volk verlangt mit Recht die dringlichste Bekämpfung dieser Schädlinge am Volkskörper. Es ist darum ernste Pflicht der Strafverfolgungsbehörden, hier rasch und tatkräftig einzugreifen. Die Verordnung gegen Preistreiberei vom 8. Mai 1918 mit den durch das Gesetz vom 18. Dezember 1920 verschärften Strafen gegen Preistreiberei und verbotene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände sowie die Buchergerichtsverordnung vom 27. November 1919 mit ihren schärferen Strafandrohungen geben die Möglichkeit der Durchführung rascher und strenger Sühne.

Durch eine Verfügung des Generalstaatsanwalts sind die Staatsanwaltschaften angewiesen worden, in enger Fühlung mit den örtlichen Polizeibehörden und Preisprüfungsstellen Gefährdungen dieser Art, wo immer sie vorkommen, nachdrücklich zu verfolgen. Preistreiberei wirkt vor allem unruhig auf den Handel und das übermäßig zunehmende Aufkaufwesen durch wirtschaftlich nicht gerechtfertigte Umläufe.

Für die Entschärfung der Frage, ob Preistreiberei vorliegt, ist der Marktpreis nicht allein maßgebend, der unter Berücksichtigung der gesamten Verhältnisse auch einzu berücksichtigendes Preisniveau enthalten kann. Wieviel die Höhe des geforderten Preises Anlaß zu Bedenken so wird durch tüchtige und erfahrene Sachverständige klar gelegt werden, inwiefern die zunehmende Entwertung trotz des früheren niedrigen Einstandspreises mit Rücksicht auf die Erhöhung der Marktpreise, auf den Betrag des Unternehmererfolgs und die veränderte Festsetzung des Unternehmergewinns die Annäherung an den Marktpreis oder die Einhaltung des Marktpreises selbst rechtfertigt. Preisangaben des realen Handels werden tunlichst vermieden werden.

Wichtig ist, daß die Strafe der Tat unmittelbar auf dem Fuße folgt. Die Staatsanwaltschaften werden daher die Ermittlungen auf das Wesentlichste beschränken und durch Beantragung von Strafbefehlen oder in den geeigneten Fällen durch Anklage vor dem Buchergericht die Bekämpfung der Schuldigen beschleunigt herbeiführen. Durch entsprechende Anträge wird dafür Sorge zu tragen, daß auf die vorerwähnten Nebenstrafen und Nebenfolgen — auch soweit sie nicht zwingend vorgeschrieben sind — rücksichtslos erkannt wird. Auf harte Freiheitsstrafen, dem gesunkenen Geldwert entsprechende hohe Geldstrafen, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, Untertragung des Handels mit Gegenständen des täglichen Bedarfs, Einziehung des übermäßigen Gewinnes und der Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, nebst den bei der Tat verwendeten Verpackungsmitteln und Beförderungsmitteln sowie auf öffentliche Bekämpfung der Beurteilung wird gewickelt. Die Staatsanwaltschaften werden ferner darauf Bedacht nehmen, daß die Art der Bekämpfung möglichst wirksam wird.

Die Wuchererbekämpfung durch die Strafverfolgungsbehörden steht volkswirtschaftliches Verhältnis und eingehende Kennt-

Eckehard

Eine Geschichte aus dem zehnten Jahrhundert von Joseph Victor von Scheffel (Fortsetzung.)

An feibener Schur trug sie ein goldgefähtes Kleinod um den Hals, das zog sie aus ihrem Busen; es war ein Kristall, der einen unscheinbaren Splitter barg. Wenn mein Gebet nicht andrückt, so mög' Euch die Reliquie Schutz verleihen. Es ist ein Splitter vom heiligen Kreuz, das die Kaiserin Helena einst aufgefunden. Wo auch immer dies Heiligtum sein wird, da wird Friede sich einstellen und Wehrung des Unwesens und Gesundheit der Luft, so stand im Schreiben, mit dem der griechische Patriarch die Schilheit beglaubigte. Mög' es auch im Krieg Segen spenden!

Sie neigte sich, dem König das Kleinod umzuhängen. Er beugte sein Knie; langsam hing er seinen Hals, er kniete noch. Sie streifte leicht mit der Hand über sein lockig Haar, ein Zug von Milde und Wehmut lag über ihrem strengen Antlitz — Eckehard hatte vor dem Namen des heiligen Kreuzes sein Knie gebeugt, ihr wars ihm, als müsse er sich ein zweites Mal niederwerfen, niederwerfen vor ihr, die so huldvoll seiner gedachte. Aufsteigende Reizung braucht Zeit, sich über sich selbst klar zu werden, und in Dingen der Liebe hatte er nicht rechnen und abzählen gelernt, wie in den Versagen des Virgilius, sonst hätte er sich sagen mögen, daß, wer ihn aus des Klosters Stille zu sich gezogen, wer an jenem Abend auf Hohenkräben, wer am Morgen der Schlacht so vor ihm stand, wie Frau Hadwig, ihr wohl ein Wort aus der Tiefe des Herzens, vielleicht mehr als ein Wort von ihm erwarten mochte.

Seine Gedanken sagten sich, alle Pulse schlugen. Wenn früher etwas wie Liebe sich in ihm geregt, so war die Ehrfurcht vor seiner Gebieterin herangetreten, es zurückjagend wie der Sturm, der dem schon zum Dachfenster herausschauenden Kinde den Laden vor der Nase zuwirft. An die Ehrfurcht dachte er jetzt nicht, eher daran, wie er die Herzogin einst mit jedem Arm durch den Klosterhof getragen. Auch an sein Königsgebilde dachte er nimmer, es regte sich in ihm, als soll' er ihr in die Arme fliegen und sie jauchzend ans Herz pressen — Herrn Burkards Schwert brannte ihm an der Seite. Wozu ab die Schen, dem Kühnen gehört die Welt! War's nicht so in Frau Hadwigs Augen zu lesen?

Er stand auf, stark, groß, frei — so hatte sie ihn noch nie gesehen... Aber es war nur eine Sekunde, noch war kein

Laut vom Sturm des Herzens über die Lippen geflohen, da fiel sein Blick auf das dunkle Kreuz von Ebenholz, das Vincentius einst in seiner Turmstube aufgehängt: „es ist der Tag des Herrn und du sollst heute reden vor dem Volk!“ — die Erinnerung an seine Pflicht schlug alles nieder.

Es kam einmal ein Frost am Sommermorgen und Galm und Blatt und Blüten wurden schwarz, bevor die Sonne drüber aufging.

Tag wie ebend, ergriff er Frau Hadwigs Hand.

Wie soll ich meiner Herrin danken? sprach er mit gebrochener Stimme.

Sie schaute ihn durchbohrend an. Der weiche Zug war vom Antlitz entflohen, die alte Strenge lagerte wieder auf der Stirn, als wolle sie antworten: wenn Ihr's nicht wißt, ich verds Euch nicht verblenden — aber sie schwieg. Noch hielt Eckehard ihre Rechte gefaßt. Sie zog sie zurück.

Seid fromm und tapfer! sprach sie, aus dem Gemache schreitend. Es Klang wie Hohn.

Kaum länger als einer braucht, um das Vaterunser zu beten, war die Herzogin bei Eckehard gewesen, aber es war mehr geschrien, als er ahnen mochte.

Er schritt wieder in der Turmstube auf und ab; „du sollst dich selbst verleugnen und dem Herrn nachfolgen“, so war in Benedikt's Regel in der Zahl der guten Werke mit aufgezählt — er wollte schier Holz sein auf den Sieg, den er über sich errungen, aber Frau Hadwig war gekränkt die Stufen der Wendeltreppe hinabgestiegen, und wo ein hochfahrend Gemüß sich verahmigt glaubt, da sind böse Tage im Anzug.

Es war die siebente Stunde des Morgens, da hielten sie im Hof von Hohenwiel den Gottesdienst vor dem Auszug. Unter der Linde war der Altar aufgeschlagen, die geschnittenen Heiligtümer standen drauf zum Trost der Gläubigen. Der Hof erfüllte sich mit Gemurmeln, wann an Mann standen die Noten der Streiter, wie Simon Barbo sie abgeteilt. Wie dumpf Gemitterwolken löbte der Gesang der Mönche zum Eingang. Der Abt der Reichenau, das schwarze Vallium mit weißem Kreuz übergenossen, gelebrierte das Hochamt.

Hernach trat Eckehard auf die Stufen des Altars; bewegt gleitete sein Auge über die Häupter der Versammelten, noch einmal zog's ihm durch die Erinnerung, wie er vor kurzer Frist im einsamen Gemach der Herzogin gegenüber gestanden — dann las er das Evangelium vom Leiden und Tod des Erlösers. Wählich ward seine Stimme klar und hell, er küßte das Buch und gab dem Diakon, daß ers zurücklege auf das feibene

Kissen; sein Blick floh gen Himmel — dann hub er die Predigt an.

Lautlos horchte die Menge. Schier tausend Jahre sind vorüber, rief er, seit der Sohn Gottes sein Haupt am Kreuzestamm neigte und sprach: Es ist vollbracht! Aber wir haben der Geduld keine Stätte bereitet in unsern Gemütern, in Sünden sind wir gewandelt und die Vergeltung, die wir geben in unserer Vergehenshärtigkeit, haben gen Himmel geföhrt.

Darum ist eine Zeit der Trübsal emporgewachsen, blanke Schwerter blitzen wider uns, heidnische Ungeheuer sind in christliches Land eingelaufen. Aber statt zürnend zu fragen: Wie groß ist des Herren Langmut, daß er solchen Schausalen die leidende Heimat erbe preisgibt? — Hoffe ein jeglicher an seine Brust und spreche: An unserer Verberbernis Willen sind sie gesendet. Und wollest ihr vor ihnen erlöset sein, so gedenket an des Heilandes japheren Tod. Raffet den Griff eurer Schwerter, so wie er einst das Kreuz schützte und hinausstrug zur Schädelstätte, schämet auf und suchet auch ihr euer Golgatha!...

Er deutete nach den Alfren des Sees hinüber. Dann krönte seine Rede in Worten des Trostes und der Verheißung stark wie der Schrei des Bösen im Gebirge:

Die Zeiten erfüllen sich, von denen geschrieben steht: Und wenn die tausend Jahre zu Ende gehn, wird Satan aus seinem Kerker losgelassen werden und ausgeht, zu verführen die Völker in den äußersten Gegenden der Erde — den Goq und den Magog, und sie zum Streite verammeln. Ihre Zahl ist wie des Meeres Sand; sie gieben über die weite Erde daher, umringen das Lager der Streiter Gottes und die geliebte Stadt. Aber Feuer fährt aus dem Himmel nieder und verzehret sie und der Teufel, ihr Verführer, wird in den Schwefelfeuer gemorfen, wo auch das Tier und der Älgenpropheet ist, und sie werden gequält werden Tag und Nacht bis in die ewige Ewigkeit.

Und was der Seher auf Patmos ahnend geoffenbart, das ist uns Würdschaft und Gemüth des Sieges, so wir fündegelaunert ausziehen zum Kampf. Lasset sie anflütern auf ihren schnellen Rossen, was verflucht? Zu Söhnen der Hölle hat sie der Herr gestempelt, darum ist ihr Antlitz nur die Frage von eines Menschen Antlitz, die Erste unserer Reider können sie niederretzen und die Ältere unserer Kirchen schänden, aber den Arm gottesmütiger Männer können sie nicht bestehen.

(Fortsetzung folgt.)

als des Wirtschaftslebens vpraus; sie muß nach einheitlichen Grundfäden erfolgen, wenn sie wirksam und doch gerecht sein soll. Es werden daher — soweit dies noch nicht der Fall ist — bei den größeren Staatsanwaltschaften besondere Wucherabteilungen eingerichtet und bei den andern Staatsanwaltschaften die Wucherfäden in die Hand eines Staatsanwalts vereinigt werden.

Badische Politik

Kein Pakt für Anderten-Nezö?

Wir finden an der Spitze der Nr. 304 der „Konstanzer Zeitung“ vom 8. November die folgende interessante Notiz „Eigentümliche Paktverweigerung“

Mit einer merkwürdigen Paktverweigerung durch deutsche Behörden beschäftigt sich ein Teil der Kopenhagener Presse. Der bekannte dänische Schriftsteller Andersen-Nezö, der sich in Deutschland besonders durch sein Werk „Eine Menschenfind“ einen Namen gemacht hat, wollte zur Heilung eines Lungenleidens an den Bodensee reisen, konnte aber, wahrscheinlich wegen seiner kommunistischen Anschauungen, kein deutsches Paktvisum erhalten. Andersen-Nezö selbst erklärt, die deutsche Regierung habe ihm offiziell mitgeteilt, es sei mit Bayern verhandelt worden, eine Antwort sei aber nicht eingelaufen, so daß das Visum nicht ausgestellt werden konnte. Die Andersen-Nezö behauptet, steht die Auskunft jedoch im Widerspruch mit der Wahrheit, da ihm von Bayern und Baden Aufenthaltsverlaubnis angeboten worden sei, sobald er diese wünsche. Die deutsche Gesandtschaft in Kopenhagen habe sich nach besten Kräften bemüht, das Visum für ihn zu erhalten, aber alle Bemühungen seien vergeblich gewesen. Der dänische Schriftsteller hat sein Gesicht erneuert, um zu konstatieren, ob wirklich einem Mannne verweigert werden kann, sich in Deutschland aufzuhalten, weil er kommunist ist.

Kaum glaublich und der Würde des Reiches sehr wenig angemessen wäre es, wenn die deutsche Paktstelle wirklich das Visum mit der eigenartigen Begründung verweigert hätte, Bayern erteile der Reichsstelle keine Antwort! Nach unseren Nachforschungen hat sich Andersen-Nezö, der letzten Sommer längere Zeit in Meersburg weilte, durchaus so ausgeführt, wie es einem Sait zieme. Mit kommunistischer Propaganda oder überhaupt mit irgendwelcher politischen Tätigkeit hat er sich nicht befaßt. Da Andersen-Nezö, der krank ist, mit seiner Frau und fünf Kindern an den Bodensee kommen will, so kann man schon deshalb beruhigt sein. — Andersen-Nezö soll übrigens anfänglich seines letzten Hierseins aufdringlich und z. T. recht belustigend — befragt worden sein. Wir fordern jedenfalls, daß der Fremdenverkehr nicht durch derartige unter Umständen schädigenden Mitteln irgendwelcher Bureaufraßen behindert wird.

Errichtung von Finanzämtern. Auf den 1. Dezember wird in Keßl ein Finanzamt errichtet. Sein Geschäftsbezirk umfaßt den Amtsbezirk Keßl. Das Finanzamt übernimmt für diesen Geschäftsbezirk die Geschäfte des Finanzamts Achern und des Steuerkommissars, sowie des Steuereinnahmehilfsdienstes Keßl. Zu der gleichen Zeit wird in Wiesloch ein Finanzamt errichtet. Sein Geschäftsbezirk umfaßt Wiesloch und vom Amtsbezirk Heilbronn die Gemeinde Aufsch. Das Finanzamt übernimmt für diesen Geschäftsbezirk die Geschäfte der Finanzämter Schwetzingen und Heilbronn und des Steuerkommissars, sowie des Steuereinnahmehilfsdienstes Wiesloch.

Von der Justiz. Die Bestimmungen der Reichsgebührenordnung für Zeugen und Sachverständige finden entsprechend Anwendung in den Rechtsfäden, welche vor besonderen Gerichten oder in besonderen Verfahren zu verhandeln sind, in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, mit Staatsanwaltschaftlichen Verfahren, sowie in Verfahren in Verwaltungs- und Verwaltungsstreitsachen. — Nach einer staatsministeriellen Verordnung betreffend die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und bei der Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen erhalten Urkundenscheine auf Antrag Zeugengebühren nach Maßgaben der Reichsgebührenordnung. Artikel 2 und 3 derselben Verordnung bestimmen den Zuschlag zu den Gebühren für Zeugen und Sachverständige.

Nach einer Verordnung des Staatsministeriums ist der bei dem Amtsgericht alljährlich zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen berufene Ausschuß in diesem Jahre in der Zeit vom 25. bis 30. November zu versammeln.

Herr Staatsrat Schön und der Landbund. Herr Staatsrat Schön schreibt uns: Zu Ihrer Notiz vom Samstag, den 19. November 1921, Blatt Nr. 271, die meine Person und meine Beziehungen zum Landbunde betrifft, habe ich zu erklären, daß die Darstellung unrichtig ist. Richtig ist, daß zwischen Landbund und Bad. landw. Genossenschaftsverband seit über Jahresfrist ein Zweierbündnis besteht, der der Landbund verpflichtet ist, in Baden keine Barengebühren zu machen. Um die gegenseitigen Verhältnisse gemeinsam besprechen zu können, hat der Genossenschaftsverband das Recht, zu den Sitzungen des Landbundes einen Bevollmächtigten zu entsenden. Das kann der Landzeichneter sein, muß es aber nicht sein. Die parteipolitische Tätigkeit des Landbundes wurde von mir bekämpft. (Vergl. dazu die Angriffe der „Süddeutschen Zeitung“ und des „Landwirts“ auf mich.) Seit der Landbund beschlossen hat, Politik zu treiben, hat weder der demokratische Präsident Red, noch der demokratische Staatsrat Schön an den Sitzungen des Landbundes teilgenommen, sondern ist jeweils vertreten worden, von einer einzigen Ausnahme abgesehen, wo ich auf besonderen Wunsch des Präsidenten Gebhard kurz an einer Aussprache teilnahm, bei der ich meinen demokratischen Standpunkt durchaus zu wahren in der Lage war. Alle parteipolitischen Forderungen, die daran geknüpft werden, sind daher abwegig. Sie können nur darauf hinauslaufen, darzutun, was auch landw. bündlerische Genossen ausprechen, daß ein demokratisch-gesinnter Verwaltungsbeamter nicht geeignet sei, eine landwirtschaftliche Organisation zu leiten. Wenn der „Volksfreund“ eine solche Verfassung der politischen Gesinnung unterstützen will, darf er auf dem beschränkten Wege der Verbündigung nur weiter fahren. — Herr Schön überließ offenbar, daß wir die Notiz dem „Badischen Beobachter“ entnommen hatten. Wir hätten sie nur mit der Einleitung: „Hm! Hm! Versuchen. Dieses einleitende Hm! Hm! ist nunmehr nach den aufklärenden Bemerkungen des Herrn Staatsrats hinfällig. — Gegenüber dem letzten Satz in dem Schreiben des Herrn Staatsrats können wir aber wiederum nicht umhin, zu bemerken: Hm? Hm? —

Genossenschaftsbewegung

Professor Dr. Franz Staubinger tot

Der weithin bekannte Theoretiker und auch Praktiker in der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung, Professor Dr. Franz Staubinger, ist kürzlich im 73. Lebensjahre in Darmstadt gestorben. Dr. Staubinger hat mit allezeit frischem Geist und großem Mut dem hohen Gedanken der genossenschaftlichen Gemeinwirtschaft gedient. Er war Mitglied des Ausschusses des Zentralverbandes und der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine und des Aufsichtsrats der Darmstädter Konsumgenossenschaft; seine zahlreichen sozialwissenschaftlichen und genossenschaftlichen Schriften und Abhandlungen haben seinen Namen in alle Welt getragen. Nun ist der nimmermüde Kämpfer einer stilleren, besseren Wirtschaftsordnung, der Mann, den die deutschen Konsumgenossenschaftler mit Stolz „unseren Professor“ nannten, ins Reich des ewigen Friedens

gegangen. Die deutsche Genossenschaftsbewegung steht trauernd aber in Dankbarkeit an der Bahre dieses hervorragenden Mannes.

Aus der Partei

Agitationsbezirk Karlsruhe Bildungs-Vorträge

- Knielingen: Donnerstag, 24. Nov., 8 Uhr, im Bahnhof. Thema: „Der Bauernkrieg“, Referent Genosse Stenz-Karlsruhe.
 - Bulach: Samstag, 26. Nov., 8 Uhr, in der „Traube“. Thema: „Marx und seine Lehren“, Referent Genosse Gaebler-Riedelsheim.
 - Durmersheim: Samstag, 26. Nov., 7 1/2 Uhr, in der „Arone“. Thema: „Die französische Revolution“, Referent Genosse Stenz-Karlsruhe.
 - Gaggenheim: Samstag, 26. Nov., 9 Uhr, im „Anker“. Thema: „Arbeiterkraft und Sport“, Referent Genosse Grimm-Karlsruhe.
 - Gaggenheim: Samstag, 26. Nov., 8 1/2 Uhr, im „Sitz“. Thema: „Der Bauernkrieg“, Referent Dr. Müller-Karlsruhe.
 - Kleinsteinhof: Samstag, 26. Nov., 8 Uhr, im „Alder“. Thema: „Der Kommunismus in Rußland“, Referent Genosse Dr. Kullmann-Karlsruhe.
 - Malsch: Samstag, 26. Nov., 7 1/2 Uhr im „Mahlberg“. Thema: „Ursprung der Familie“, Referent Genosse Meher-Weingarten.
 - Muggenturm: Samstag, 26. Nov., 8 Uhr, im „Lamm“. Thema: „Marx und seine Lehren“, Referent Genosse Stenz-Karlsruhe.
 - Neuenfeld: Samstag, 26. Nov., 8 Uhr, im „Sitz“. Thema: „Die französische Revolution von 1789—1793“, Referent Genosse Köppler-Gaggenheim.
 - Ockingen: Samstag, 26. Nov., 8 1/2 Uhr, im „Löwen“. Thema: „Gemeindepolitik“, Referent Genosse Kurz-Gaggenheim.
 - Wolfsbrunn: Samstag, 26. Nov., 8 Uhr, in der „Linde“. Thema: „Die badische Verfassung“, Referent Genosse Dr. Nordmann-Karlsruhe.
 - Wiesloch: Sonntag, 27. Nov., 3 Uhr, im „Sitz“. Thema: „Ursprung der Familie“, Referent Genossin Müller-Karlsruhe.
 - Werk: Sonntag, 27. Nov., 2 1/2 Uhr im „Kaiser“. Thema: „Marx und seine Lehren“, Referent Genosse Gaebler-Riedelsheim.
 - Gernsbach: Sonntag, 27. Nov., 3 Uhr, im „Rückfort“. Thema: „Ursprung der Familie“, Referent Genossin Fischer-Karlsruhe.
 - Grünweid: Sonntag, 27. Nov., 3 Uhr, im „Alder“. Thema: „Steuerverfragen“, Referent Genosse Böhringer-Karlsruhe.
 - Rußheim: Sonntag, 27. Nov., 3 Uhr, in der „Arone“. Thema: „Der Bauernkrieg“, Ref. Genosse Köppler-Gaggenheim.
 - Weingarten: Sonntag, 27. Nov., 3 Uhr im „Höfle“. Thema: „Steuerverfragen“, Referent Gen. Reinmuth-Forsheim.
 - Wiesingen: Sonntag, 27. Nov., 3 Uhr, im Rathausaal. Thema: „Ursprung der Familie“, Ref. Gen. Meher-Weingarten.
- Unter Bezugnahme auf unser Rundschreiben ersuchen wir die Ortsvereine, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um einen guten Besuch dieser sehr belehrenden Vorträge zu erzielen.
- Das Parteisekretariat: Oskar Trinks.

Gerichtszeitung

Zuckerstrafmangel. Mit einem umfangreichen Zuckerstrafmangel hat sich die Strafkammer in Mannheim befaßt. Angeklagt waren die Brüder Friedrich und Konrad Epple, Inhaber eines Kolonialwarengeschäftes in Kappelrodt. Sie ließen durch Vermittlung des Wälfers Wils, Schauler aus Sachbalden Zucker im Wert von 1 Million von Ludwigshafen über den Rhein schaffen. Da in der Wälfers Gegend Wein und Schnaps in großen Mengen begehrt werden, so war dort große Nachfrage nach Zucker. Drei Frachtladungen der Sendung im Wert von etwa 150 000 M. konnten beschlagnahmt werden. Der Schmuggel war durch Bestechung von Zollwächtern ermöglicht worden. Die Strafkammer verurteilte den Friedrich Epple zu 9 Monaten Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe, seinen Bruder Konrad Epple zu 2 Monaten und 30 000 M. Geldstrafe, den Wälfers Schauler zu einem halben Jahr Gefängnis; schließlich wurde noch ein mitangellagerter Fuhrmann namens Kitz zu 1 Woche Gefängnis und 10 000 M. Geldstrafe verurteilt.

Kleine badische Chronik

Heidelberg, 19. Nov. Nach dem letzten Ausweis des Arbeitsamtes betrug die Zahl der männlichen Arbeitslosen 233, die der weiblichen 90. Bei den weiblichen Notstandsarbeitern sind 478 Arbeitslose beschäftigt. Die Erwerbslosenunterstützung betragen nur noch 98 männliche und 2 weibliche Personen. Vom 1. Januar bis Mitte November sind an Erwerbslosenunterstützung 756 381 M. ausgezahlt worden.

Mannheim, 21. Nov. An einem Neubau führte infolge eines zusammenbrechenden Stangengerüsts der 55jährige verheiratete Maler Heinrich Schäfer aus einer Höhe von fünf Metern herab und war sofort tot.

Oberweiden, Amt Waldbrunn, 21. Nov. Raub. Einem Strohdubhändler, der auf dem Wege des Jahrmärktes in Staufen war, wurden auf der Straße Staufen—Krozingen 2500 M. von einem Dieb abgenommen.

Emmenzingen, 21. Nov. Wegen Doppellehe verhaftet. Der 28jährige aus der Nähe von Solingen gebürtige Werkzeugschleifer E. Schäfer ist hier wegen Doppellehe verhaftet worden. Er hatte in Solingen Frau und Kind verlassen und verheiratete sich hier in Emmenzingen zum zweiten Male.

Stühlingen, 21. Nov. Vier Schmuggler wurden zur vorübergehenden Bewachung hierhergebracht, um am folgenden Tag der Staatsanwaltschaft in Badstübli vorgeführt zu werden. Einer der Festgenommenen wollte eine kompletten Pflanz über die Grenze bringen, wozu er das fast gänzlich ausgetrocknete Bett der Wutach als Hebergang benutzen wollte. Mitten in der Wutach wurde er festgenommen. Die Anderen suchten Damenuhren, einen neuen Mantel usw. zu schmuggeln.

Freiburg, 18. Nov. Statistisch der Todesfälle. Nach dem erst jetzt vorliegenden Ueberblick sind im Jahre 1920 in der Stadt Freiburg einschließlich der Vororte 1890 Sterbefälle zu verzeichnen. Wegen die beiden vorhergehenden Jahre ist ein erheblicher Rückgang eingetreten, denn im Jahre 1919 starben 2012 und im Jahre 1918 2479 Personen, allerdings sind in letzterer Ziffer auch eine Anzahl Kriegsoffer enthalten. Zurückgegangen sind auch die Einbürgerungen im hiesigen Kreismuseum. Sie betragen im letzten Jahre nur 67, während im Jahre 1919 im ganzen 115 Verstorbene eingewickelt wurden.

Freiburg, 18. Nov. Die zwischen dem Mieterverein und den Mieterbeisitzern des Mietvereinsamtes bestehenden Differenzen veranlaßten die Vereinsleitung, beim Stadtrat die Enthebung der Mieterbeisitzer von ihrer Stellung beim Mietvereinsamt zu fordern. Der Stadtrat hat dieses Ersuchen aus materiellen und rechtlichen Gründen abgelehnt und die Mieterbeisitzer gebeten, ihr Amt auch fernerhin beizubehalten. — Eine Volländerin, die mit Namen nicht genannt sein will, hat aus Sympathie für Deutschland durch Vermittlung des Verlagsbuchhändlers Herder der Stadt Freiburg 20 000 M. zur Verfügung gestellt. Die Summe soll für die Armen und für die Herstellung von Volkshäusern Verwendung finden.

Singen, 21. Nov. Kassenraub. Ein besonders dreister Kassenraub wurde am Samstag nachmittag in der der Südbadischen Disconto-Gesellschaft gehörenden, im Bahnhofgebäude Singen untergebrachten Geschäftsstelle verübt. Der Kassenbeamte wurde von Auswärts ans Telefon gerufen, und die wenigen Augenblicke seiner Abwesenheit benutzten bisher unbekannt gebliebene Diebe, den Gesamtkassenbestand auf entwendten in hohen Mark- und Frankenwerten. Trotzdem der Bahnhof sehr belebt war, ist es nicht gelungen, die Täter zu fassen.

Konstanz, 18. Nov. Am Freitag nachmittags fand eine Bürgerauschussung statt, die einen teilweise sehr stürmischen Verlauf nahm. Auf der Tagesordnung standen 14 Punkte, von denen allerdings eine größere Zahl untergeordneter Natur waren. Zu einer heftigen Debatte kam es über die Vorlage betr. Erhöhung der Mitgliederzahl des Schulausschusses. Die Freireligiöse Gemeinde hatte den Antrag gestellt, daß sie ein weiteres Mitglied in den Schulausschuß entsenden dürfe. Vom Zentrum wurde die rechtliche Grundfrage dieser Vorlage in Zweifel gezogen. Als der Stadtrat die Vorlage zurückzog, um in kurzer Frist eine neue auszuarbeiten, verließen die Sozialdemokraten den Saal. Darauf wurden auf Antrag des Zentrums drei weitere Vorlagen über die Erhöhung der Strompreise, des Wasserzinses und der Wochenmarktgabühren zurückgestellt. Weiter bewilligte der Bürgerauschuß dann 29 000 M. für den Einbau von Dachwohnungen in der Sierenmohlsplatz- und von 133 000 M. als Zuschuß für die Warten der Spar- und Baugenossenschaft.

Autoverkehr Elz—Basel—Gausach. Für die Wintermonate ist auf der Autolinie Elz—Basel—Gausach, die bekanntlich die kürzeste Verbindung zwischen Freiburg—Stuttgarter herstellt, eine Betriebsbeschränkung vorgelesen. Vom 22. November an werden jeweils am Dienstag und Freitag die Fahrten bällig eingestellt. An den übrigen Tagen verkehrt nur der Frühwagen. Einzig am Samstag, Sonntag und Montag ist Vollbetrieb mit den kutschmäßigen Wagen am Vormittag und Abend.

Halbmonatlicher deutscher Wetter- und Saatenslandsbericht

Nordwestdeutschland: Die Witterung war in der 2. Oktoberhälfte sehr veränderlich mit fast täglichen, teilweise sehr ergiebigen Regenfällen. Der Boden ist für die Ackerwirtschaft nunmehr genügend durchfeuchtet; doch macht sich in Gräben und Brunnen die Feuchtigkeit noch nicht bemerkbar. Da der Grundwasserstand noch sehr niedrig ist, sind weitere ergiebige Niederschläge sehr erwünscht. Der Saatensland, durch den Regen gebessert, ist vielfach sehr gut.

Mitteldeutschland: Die 2. Oktoberhälfte brachte vorwiegend kühles, oft windiges und regnerisches Wetter. Zur gründlichen Durchfeuchtung der Felder sind aber weitere und erhebliche Niederschläge nötig.

Süddeutschland: Die Witterung der 2. Oktoberhälfte war teils wolfig mit Niederschlägen, teils heiter mit Nachfröhen. Häufig trat Nebel auf. Der Regen wirkte auf die Saaten wohlthuend; Winterweizen und Winterroggen sind daher gut aufgegangen. Auch die Bestellung der Felder geht schneller voran; nur auf schwerem Boden werden die Pflugarbeiten durch Trockenheit der tiefen Schichten immer noch beeinträchtigt.

Kleine Nachrichten

Stuttgart. Ein Abtreibungsprozess von kaum dagewesenem Umfang wird augenblicklich vor der hiesigen Strafkammer geführt. Die ganze im Verlaufe kommende Gesellschaft beträgt fast 170 Mädchen, Frauen und Männer. Hauptangeklagter ist der in Göttingen ansässige frühere Eisenbahnangestellte und spätere Naturheilkundige Peter Lohr. Die Verhandlungen finden unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Schillingsheim (Elz). Die hiesige Polizei ist einem weit verzweigten, großangelegten Schnapsdiebstahl auf die Spur gekommen. Eine große hiesige Brauereibrennerei wurde im mehrere tausend Liter bestehenden und ihr ein Schaden von über 100 000 Francs zugefügt. Die Diebstahle sollen auf das Jahr 1919 zurückgehen.

München. Im bayerischen Alpenland ist eine wahre Wildererplumbe ausgebrochen. An manchen Tagen treiben sich gegen 200 Wilderer in den Forsten herum, denen gegenüber die Forstbeamten machtlos sind. Ein größeres Aufgebot von Landespolizei soll jetzt gegen die Wilderer vorgehen.

Koblenz. Am 8. August ds. J. war ein Vollgewichtmeister von einem amerikanischen Soldaten überfallen und mißhandelt worden. Der als Täter in Frage kommende amerikanische Soldat wurde zu vier Monaten Zwangsarbeit mit zwei Drittel Lohnabzug während seiner Strafe verurteilt. Ferner hat das amerikanische Gericht den Führer des Autos, das am 25. August zwei Personen überfuhr, einen amerikanischen Soldaten, zu sechs Monaten Zwangsarbeit mit zwei Drittel Lohnabzug während seiner Strafe verurteilt.

Leipzig. Gestern vormittag ereignete sich auf dem Rangierbahnhof Engelsdorf bei Leipzig ein schweres Unglück. Eine Rangierlokomotive fuhr mit voller Geschwindigkeit in eine Streckenarbeiterkolonne. Fünf Personen wurden von der Lokomotive erfaßt und überfahren, wobei 3 so schwer verletzt wurden, daß sie bald darauf starben. Die beiden anderen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert; an ihrem Verbleiben wird bezweifelt. Das Unglück hatte seine Ursache darin, daß der Rauch einer anderen vorbeifahrenden Lokomotive die Kolonne bällig einhüllte, so daß sie das Herannahen der Rangiermaschine nicht bemerkte.

Frankfurt a. M. Der Güterbodenarbeiter Jakob Fromm hat im Laufe einiger Jahre für über eine Million Mark Waren auf dem hiesigen Güterbahnhof gestohlen, darunter sogar Kaviare, und war zum wohlhabenden Rentier und Hausbesitzer geworden. Er wurde in Achaffenburg, wohn er verzoogen ist, verhaftet. Bei seinen Diebstählen halfen ihm die Brüder Martin und Vinzenz Gerlach aus Rohr als Helfer. Fromm siffete der Kirche in Sendelbach in Unterfranken eine Orgel. Von der Strafkammer wurde er zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt, seine Helfershelfer und Helfer zu je 3 Jahren.

Berlin. In einem in der Grenadierstraße gelegenen Schieberquartier, das der Polizei schon lange als Hauptstüb für Devisenhandel und Wältspekulation bekannt ist, wurden gestern 30 Personen, zumeist Ausländer, verhaftet. Bei den einzelnen wurde zwar wenig Geld gefunden, dagegen wurde in einem Koffer ein Bündel von ausländischen und deutschen Geldscheinen im Betrage von mehr als 3 Millionen entdeckt. Da keine der Personen als Besitzer des Geldes gelten wollte, wurde es von der Polizei als herrenloses Gut beschlagnahmt.

Parteienossen und Leser des „Volksfreund“

berücksichtigt bei eueren Einkäufen die

Geschäftliche Rundschau!

Kauft nur bei den Geschäftsleuten, die euerer Presse mit Anzeigen unterstützen!

Aus der Stadt

• Karlsruhe, 22. November.

Geschichtskalender

22. Nov. 1881 Braunschweiger Hochverratsprozess. — 1916 James Guillaume, Mitbegründer der Internationale, in Reuenburg. — 1918 Politische Bergarbeiterstreiks im Rheinland und in Oberschlesien.

Karlsruher Parteinaufrichten

Sozialdemokratische Bürgerauschussfraktion. Heute abend 1/6 Uhr im großen Hofsaal Fraktionsführung. Das Erscheinen aller Fraktionsmitglieder ist notwendig.

Jungsozialisten. Heute abend 8 Uhr findet im Nebenzimmer „Unter den Linden“, Kaiserallee, die erste Zusammenkunft statt. Die Genossen werden erjucht, vollständig zu erscheinen.

Die Begrüßungsfeier des Sozialdem. Vereins für die neugewählte Landtagsfraktion

am letzten Abend im „Auerhahn“ hatte nicht nur einen guten Besuch aufzuweisen, sondern nahm auch einen stimmungsreichen Verlauf. Von unsern Landtagsboten waren bereits alle anwesend. Das Programm enthielt Ansprachen, musikalische Darbietungen des Künstlerquartetts der „Harmonie“, Vorträge der „Lassallia“, erste und weitere Vorträge und Lieder zur Raute von namhaften Künstlern aus der Parteigenossenschaft.

Eröffnet wurde die gut gelungene Veranstaltung mit einem flott gespielten Musikstück des Künstlerquartetts und dem prächtigen Chor „Ich warte Dein“ durch die „Lassallia“. Der Vorsitzende des Sozialdem. Vereins, Gen. Stadtrat Scherdt, ließ die Erschienenen, besonders die Abgeordneten, bestens willkommen und wünschte letzteren zu ihrer Arbeit viel Glück. Alsdann ergriß Gen. Staatsrat Marum das Wort und dankte im Namen der Fraktionsmitglieder für die Veranstaltung der Begrüßungsfeier. Mit Behmut und doch mit Stolz erfüllte ihn der heutige Abend. Mit Behmut deshalb, weil heute mancher treffliche Genosse, der bei der letzten Begrüßungsfeier vor 12 Jahren unter uns weilte, nicht mehr zu den Lebenden zählt, besonders die Genossen Frank und Kolb. Auch derer sei zu gedenken, die auf der Wahlstatt geblieben. Gleichzeitig wird beim Bürgerauschuss beantragt, den Stadtrat zu ermächtigen, obige Gebühren für die jeweiligen Veränderungen in den allgemeinen Lohnverhältnissen anpassen zu dürfen.

Begrüßungsfeier. Die gemäß den Bestimmungen des Reichstags für die Begrüßungsfeier vom 9. Juni 1921 gestiftete neue Begrüßungsfeierordnung für die Stadt Karlsruhe wird genehmigt und dem Bürgerauschuss zur Zustimmung unterbreitet.

Spende. Der Besitzer der auf der Herbstmesse aufgestellten Berg- und Talbahn, Herr August Reiser aus Adenburg, hat der Stadtkapitalsektion zur Verwendung für hiesige Arme der Betrag von 2000 M. überwiesen. Der Stadtrat spricht für diese Gabe verbindlichsten Dank aus.

Rezeptionen und Wiederabend zur Raute

Bei der Hilfe für Oppau will auch unsere Arbeiterjugend nicht zurückbleiben; auch sie will mit ihren schwachen Kräften etwas zur Binderung der Not beitragen. Unter den Opfern der Katastrophe befanden sich auch eine ganze Anzahl junger Arbeiter, die Mitglieder der Arbeiter-Jugend waren, und die nun ihr junges Leben auf dem Schlachtfelde der Arbeit lassen mußten. Umwerner fühlt die Arbeiterjugend deshalb die Pflicht, an dem Gedenke sich zu beteiligen. Sie veranstaltet am morgigen Mittwoch, 23. Nov., abends 8 Uhr, im Saale des „Gefanens“ eine Rezeption und Wiederabend zur Raute, dessen Ertrag der Sammlung für Oppau zugeführt wird. Genossin Ritz vom Landesbühnenverein, Herr U. H. Schäfer, eine junge Sängerin, und Herr Ludwig Geler, an dessen Lautenspielen im letzten Jahre sich alle Besucher noch gerne erinnern, haben sich zugesagt, um mit den Rezeptionen und Vorträgen zur Raute den Besuchern einige Stunden geistiger und künstlerischer Erholung zu geben. Die Arbeiterjugend lädt zu diesem Abend die Partei- und Gewerkschaftsgruppen freundlichst ein. Der Eintrittspreis beträgt 2 M. Restauration findet nicht statt.

Die Feuerbestattung unserer Genossen Richard Fahr fand Montag vormittag 10 Uhr statt. Eine große Trauergemeinde füllte die Halle des Krematoriums, um dem so früh dahingegangenen Freunde und Genossen die letzte Ehre zu erwirken. Nach einem einleitenden Harmonium- und Cello-Vortrag, nach dem die „Stimme schläft der Sänger“, gefolgt von „Vorwärts“, gab der Rediger der freireligiösen Gemeinde, Herr Dr. Weichmann, ein treffliches Lebensbild des Verstorbenen; es waren herzliche Trostworte und Mahnworte, die der Redner für die Hinterbliebenen und Trauernden fand. Eine Reihe Kranzniederlegungen bezeugten die Liebe und Freundschaft, deren sich Genosse Fahr erfreute. Namens der sozialdemokratischen Partei gedachte Genosse Stadtrat Scherdt die verstorbenen Genossen, der über 25 Jahre Mitglied unserer Partei war. Weiter widmeten Vertreter des Gesangsvereins „Vorwärts“, der freien Turnerschaft, des Arbeiterjugendvereins „Gleichheit“, der freien Radfahrer, der freireligiösen Gemeinde, ein Schiller und ein langjähriger Freund dem Toten herzliche Mahnworte. Unter den Abschiedsworten von Dr. Weich und dem Spiel des Harmoniums und Cellos fand der Sarg in die Tiefe, um den Flammen übergeben zu werden. Was sterblich war von unserem Freunde Fahr, ist nun vergangen, in den Herzen aber wird sein Andenken fortleben.

Definitive Bankbeamten-Versammlung. Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten, Ortsgruppe Karlsruhe, hatte für die am vergangenen Samstag abend im kleinen Saale des Hofsaals stattgefundene Bankangestellten-Versammlung den Geschäftsführer des Verbandes, Karl Emonts (Berlin), als Referenten gemonnen. Der äußerst ungünstige Termin der Versammlung spiegelt sich leider in dem sehr schlechten Besuch wider. Da der Referent aber sozusagen eine Propagandareise in Süddeutschland unternimmt, konnte eine andere Zeit nicht festgesetzt werden. Ueber sein Thema: „Die Teuerung und die neuen Forderungen zum Reichstaxi“ führte der Referent umfangreiches folgendes aus: Vor dem Kriege war noch keine organisierte Bankangestellten-Vereinigung vorhanden, dadurch waren naturgemäß die Einkommensverhältnisse in jeder deutschen Stadt verschieden. Erst nach der Revolution mußten sich die Bankangestellten (die doch auch Proleten sind) notgedrungen zum Reichstaxi bekennen. Die stetig wachsende Teuerung war die Haupttriebkraft. Der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zwang sie ebenfalls auf die Seite der Arbeitnehmer. Der Referent wies weiterhin in seiner sachlichen, das Thema erschöpfenden Rede nach, welche von einzelnen aus der Not geborenen blühigen Illustrationen der Gegnerseite begleitet waren, auf die Wichtigkeit und Wirkung der Indizes für den

Gadwert. Bei verschiedenen außerordentlichen Unternehmungen des Gadwert (Erweiterungsbauten des Gadwert 11, Erstellung einer Ammoniakfabrik und einer Schlackenfabrik mit Fräsemaaschine dazwischen, sowie Errichtung einer Gasbereitungsanlage im Gadwert 1) sind die dafür bewilligten Anlehensmittel infolge der Uebersteigerung der Materialpreise, Frachten und Personalaufwendungen wesentlich überschritten worden. Der Stadtrat beschließt, die noch weiter hierfür erforderlichen Anlehensmittel beim Bürgerauschuss anzufordern. Die aus den gleichen Gründen eingetretene Kreditüberschreitung bei der Erweiterung und Ergänzung der Gasanlagen im Gadwert 11 soll auf den Erneuerungsfonds des Gadwertes übernommen und diesem aus der Wirtschaft bezinst und innerhalb einer bestimmten Frist wieder zugeführt werden. Auch hierzu wird die Zustimmung des Bürgerauschusses beantragt.

Wasserwerk. Die von der Gemeinnützigen Parkbedelungsgenossenschaft „Eigenhandbau“ errichteten Kleinwohnungssteden im Gemann „Wiesenland“ wird von der Stadtverwaltung aus mit Wasserleitung versehen. Der Aufwand mit 50 000 M. ist aus Wirtschaftsmitteln zu bestreiten und von den Beteiligten zu verginsen und innerhalb 25 Jahren zu tilgen.

Gebührenerhöhungen. Die erneut einsehende Teuerung, insbesondere die ab 1. Oktober ds. Js. zu gewöhnliche Erhöhung der Löhne und Gehälter hat auch eine bedeutende Erhöhung der städtischen Gebühren für Abortgrubenentleerung, Schwemmannschlüssel, Straßenreinigung und Müllabfuhr notwendig gemacht. Diese Erhöhungen sollen für die Müllabfuhr ab 1. Dezember ds. Js., für die übrigen Gebühren ab 1. Januar 1922 in Kraft treten. Die nunmehr zur Erhebung gelangenden Jahresgebühren betragen: Für die Abortgrubenentleerung (Grundgebühr) 50 M., für den Schwemmannschlüssel 66 M., für Straßenreinigung 85 M. (überhaute Grundstücke) und 42 M. (unbehaute Grundstücke) und schließlich für die Müllabfuhr 76 M. von 100 M. Liegenheitssteuerwert. Die Zustimmung des Bürgerauschusses zu den beschlossenen Maßnahmen wird beantragt.

Erhöhung der Beisitzergebühren für das Mietungensamt, Gewerbe- und Kaufmannsgericht. Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerauschusses beschließt der Stadtrat, die Gebühren für die Beisitzer des Mietungensamtes und des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts mit Wirkung vom 1. Oktober ds. Js. in folgender Weise festzusetzen: Die Beisitzer erhalten: a) ohne Rücksicht auf die Dauer der Sitzung eine Aufwandsentschädigung von 18 M. für jede Sitzung, b) eine Entschädigung für Verdienstausfall, welche für jede angefangene Stunde der Sitzungsdauer beträgt: 1. für Beamte und Angestellte mit festen Bezügen im öffentlichen Dienst 5 M., 2. für alle übrigen Beisitzer 3 M. Den Beisitzern, welche infolge langer Sitzungsdauer ihre Arbeit am gleichen Tage nachweisbar nicht mehr aufnehmen können, wird auf Antrag die Verdienstausfallsentschädigung für volle 8 Stunden gewährt. Gleichzeitig wird beim Bürgerauschuss beantragt, den Stadtrat zu ermächtigen, obige Gebührenerhöhungen in den allgemeinen Lohnverhältnissen anpassen zu dürfen.

Begrüßungsfeier. Die gemäß den Bestimmungen des Reichstags für die Begrüßungsfeier vom 9. Juni 1921 gestiftete neue Begrüßungsfeierordnung für die Stadt Karlsruhe wird genehmigt und dem Bürgerauschuss zur Zustimmung unterbreitet.

Spende. Der Besitzer der auf der Herbstmesse aufgestellten Berg- und Talbahn, Herr August Reiser aus Adenburg, hat der Stadtkapitalsektion zur Verwendung für hiesige Arme der Betrag von 2000 M. überwiesen. Der Stadtrat spricht für diese Gabe verbindlichsten Dank aus.

Rezeptionen und Wiederabend zur Raute

Bei der Hilfe für Oppau will auch unsere Arbeiterjugend nicht zurückbleiben; auch sie will mit ihren schwachen Kräften etwas zur Binderung der Not beitragen. Unter den Opfern der Katastrophe befanden sich auch eine ganze Anzahl junger Arbeiter, die Mitglieder der Arbeiter-Jugend waren, und die nun ihr junges Leben auf dem Schlachtfelde der Arbeit lassen mußten. Umwerner fühlt die Arbeiterjugend deshalb die Pflicht, an dem Gedenke sich zu beteiligen. Sie veranstaltet am morgigen Mittwoch, 23. Nov., abends 8 Uhr, im Saale des „Gefanens“ eine Rezeption und Wiederabend zur Raute, dessen Ertrag der Sammlung für Oppau zugeführt wird. Genossin Ritz vom Landesbühnenverein, Herr U. H. Schäfer, eine junge Sängerin, und Herr Ludwig Geler, an dessen Lautenspielen im letzten Jahre sich alle Besucher noch gerne erinnern, haben sich zugesagt, um mit den Rezeptionen und Vorträgen zur Raute den Besuchern einige Stunden geistiger und künstlerischer Erholung zu geben. Die Arbeiterjugend lädt zu diesem Abend die Partei- und Gewerkschaftsgruppen freundlichst ein. Der Eintrittspreis beträgt 2 M. Restauration findet nicht statt.

Die Feuerbestattung unserer Genossen Richard Fahr fand Montag vormittag 10 Uhr statt. Eine große Trauergemeinde füllte die Halle des Krematoriums, um dem so früh dahingegangenen Freunde und Genossen die letzte Ehre zu erwirken. Nach einem einleitenden Harmonium- und Cello-Vortrag, nach dem die „Stimme schläft der Sänger“, gefolgt von „Vorwärts“, gab der Rediger der freireligiösen Gemeinde, Herr Dr. Weichmann, ein treffliches Lebensbild des Verstorbenen; es waren herzliche Trostworte und Mahnworte, die der Redner für die Hinterbliebenen und Trauernden fand. Eine Reihe Kranzniederlegungen bezeugten die Liebe und Freundschaft, deren sich Genosse Fahr erfreute. Namens der sozialdemokratischen Partei gedachte Genosse Stadtrat Scherdt die verstorbenen Genossen, der über 25 Jahre Mitglied unserer Partei war. Weiter widmeten Vertreter des Gesangsvereins „Vorwärts“, der freien Turnerschaft, des Arbeiterjugendvereins „Gleichheit“, der freien Radfahrer, der freireligiösen Gemeinde, ein Schiller und ein langjähriger Freund dem Toten herzliche Mahnworte. Unter den Abschiedsworten von Dr. Weich und dem Spiel des Harmoniums und Cellos fand der Sarg in die Tiefe, um den Flammen übergeben zu werden. Was sterblich war von unserem Freunde Fahr, ist nun vergangen, in den Herzen aber wird sein Andenken fortleben.

Definitive Bankbeamten-Versammlung. Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten, Ortsgruppe Karlsruhe, hatte für die am vergangenen Samstag abend im kleinen Saale des Hofsaals stattgefundene Bankangestellten-Versammlung den Geschäftsführer des Verbandes, Karl Emonts (Berlin), als Referenten gemonnen. Der äußerst ungünstige Termin der Versammlung spiegelt sich leider in dem sehr schlechten Besuch wider. Da der Referent aber sozusagen eine Propagandareise in Süddeutschland unternimmt, konnte eine andere Zeit nicht festgesetzt werden. Ueber sein Thema: „Die Teuerung und die neuen Forderungen zum Reichstaxi“ führte der Referent umfangreiches folgendes aus: Vor dem Kriege war noch keine organisierte Bankangestellten-Vereinigung vorhanden, dadurch waren naturgemäß die Einkommensverhältnisse in jeder deutschen Stadt verschieden. Erst nach der Revolution mußten sich die Bankangestellten (die doch auch Proleten sind) notgedrungen zum Reichstaxi bekennen. Die stetig wachsende Teuerung war die Haupttriebkraft. Der unüberbrückbare Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit zwang sie ebenfalls auf die Seite der Arbeitnehmer. Der Referent wies weiterhin in seiner sachlichen, das Thema erschöpfenden Rede nach, welche von einzelnen aus der Not geborenen blühigen Illustrationen der Gegnerseite begleitet waren, auf die Wichtigkeit und Wirkung der Indizes für den

Verhandlungstische hin und betonte, daß aufgestellte Forderungen nur dann Aussicht auf Verwirklichung haben können, wenn die Bankangestellten geschlossen hinter ihren Führern stehen. Der größte Teil der Bankangestellten sind sich ihrer traurigen Lage gar nicht bewußt, denn sonst würden sie in anderer Weise ihre Forderungen gegenüber den Unternehmern vertreten. In der Diskussion unterrichtete Kubinski einige Punkte des Referates. Der Beauftragte des Zentralverbandes der Angestellten sprach den Bankangestellten noch die vollste Sympathie und Unterstützung aus.

Ein Zimmerbrand entstand gestern abend 8.10 Uhr an einem Hause der Luisenstraße dadurch, daß eine dort wohnhafte Witwe mit der brennenden Petroleumlampe den Fenstervorhang zu nahe kam. Der entstandene Brand und Fahrnis haben beträchtliche Schäden verursacht. Nach dem Eintreffen der alarmierten Feuerwehr konnte das Feuer von Hausbewohnern gelöscht werden.

Valuta-Bericht vom 21. November

Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 1.074 Gts. Auszahlung Holland notierte 95.47 M. per holl. Gulden. Schweiz notierte 50.55 M. per schw. Fr. England notierte 1084 M. per Pfd. Sterl. Frankreich notierte 19.82 M. per frz. Fr. Neuherk notierte 289 M. per Dollar.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 22. November 1921

Vorausichtige Wetterung: Meist heiter, teilweise neblig, trocken, kalt, Frost.

Wassersstand des Rheins

Schiffersel 70, gef. 2 Jtm. Rehl 159, gef. 2 Jtm. Nagau 226, gef. 3 Jtm. Mannheim 188, gef. 11 Jtm.

Rekte Nachrichten

Weitere Plünderungen in Berlin

Berlin, 21. Nov. Es werden weitere Plünderungen von Geschäften gemeldet. In der Rangierstraße drangen etwa 300 Personen in den Laden eines Schlächtermeisters, gerümpelten die beiden großen Schaufenster im Werte von 30 000 M. und raubten alle erreichbaren Fleisch- und Wurstwaren zusammen. Als eine Automobilstreife der Schutzpolizei heranlam, waren die Täter geflüchtet.

Berlin, 21. Nov. Die Plünderer, die ein Herrengarderoben geschäft in der Vertrauensstraße heimgesucht hatten, hatten vorher in der Postfahrgaststraße mehrere Läden ausgeräumt. Die Menge bestand fast durchweg aus jüngeren Leuten. Die meisten davon sind wohnungs- und arbeitslos.

Aufgabe des Hungerstreiks in Lichtenberg

21. Berlin, 21. Nov. 180 politische Gefangene in Lichtenberg, die zum Hungerstreik übergegangen waren, sind in der Nacht vom Samstag zum Sonntag nach Wittenberg und nach Torgau überführt. Der größte Teil der Gefangenen hat den Hungerstreik aufgegeben, 20 fehlen ihm noch fort. In Wittenberg ist unter den dort weilenden politischen Gefangenen ein neuer Hungerstreik ausgebrochen. Die kommunistische Fraktion in Halle beschloß, falls die Amnestierung und Entlassung der politischen Gefangenen abgelehnt werden sollte, den Generalstreik auszurufen. Man nimmt an, daß der größte Teil der Arbeiterklasse diesem Aufruf keine Folge leisten wird.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Geburten. Julius Werner, V. Stadt Reutlinger, Metzgermeister. Marianne Magdalene, V. Mld. Stud. Postsekretär. Bruno Georg, V. Gg. Sudele, Rechtsanw. Gerda Wilma, V. Karl Häffele, Aufstiegsbeamter. Ilse Friederike, V. Max Biehl, Metzger. Fred. Wilh. V. Fred. Hermann, Rechner. Valentin Nikolaus, V. Mld. Mld. Schiffsbauer. Kurt Albert, V. Hermann Schmeidler, Mld. Arbeiter. Otto, V. Otto Seib, Bäcker. Eberhard, V. Otto Seibert, Postsekretär. Ehenangebote. Rudolf Guber von hier, Hilfsarbeiter hier, mit Elise Schäfer von hier. Friedrich Gerbert von Heidelberg, Schlosser hier, mit Walburga Guber von hier. Anton Ganz von Bietigheim, Tischhändler hier, mit Eva Brand Witwe von Guiten. Friedrich Spöhrle von Durlach-Aue, Mld. Arb. hier, mit Rosa David von hier. Wendelin Sprauer von Grefrath, Pol. Wachmeister hier, mit Helena Dreisbach, geb. Knäbel von Stollhofen. Georg Doll von Eichelbrunn, Lederhändler hier, mit Elise Stelzner von Nürnberg. Karl Vothorn von hier, Kaufmann hier, mit Wilhelmine Schumh von Mld.

Eheschließungen. Magmillian Eberhardt von hier, Fabr.-Arb. hier, mit Elise Liebe von hier. Carl Köhler von Eichelbach, Zigarrenmacher hier, mit Nina Jergle von hier. Wendelin Körner von hier, Werkm. hier, mit Luise Dürr von Bietigheim. Georg Ott von Adelsheim, Mld. Arb. hier, mit Luise Kramer von Conweiler. Heinrich Reub von hier, Mld. Arb. hier, mit Emma Mißgale von hier. Ludwig Heinrich von hier, Eisenb.-Hilfsarbeiter hier, mit Maria Garn von Dresden. Ambros Friedmann von Mld. Mld. Arb. hier, mit Vertha Danneberg von hier. Karl Rohle von hier, Graveur hier, mit Renner von hier. Karl Götz von Ottersdorf, Architekt in Freidurg, mit Leonie Geiser von Cersikon; Hugo Schmid von Mld. Mld. Arb. hier, mit Elisabeth Camozzi von hier. Friedrich Schwarz von Vohlbach, Bahnarb. hier, mit Anna Reiser, geb. Efen von St. Leonis. Josef Kummle von Mld. Mld. Arb. hier, mit Verta Erdwisch von Mld. Mld. Arb. hier, mit Elise Spiegel von hier.

Todesfälle. Pauline Bornert, Ehefr. von Wilhelm Bornert, Schneider, alt 63 Jahre. Aug. Martin, Chem., Registrator, alt 52 Jahre. Karl Diehl, Chem., Uhrmachermeister, alt 63 J. Elise Rosa, alt 15 Jahre, V. Johann Weile, Kranführer. Ad. Specht, Chem., Professor a. d. Oberrealschule, alt 56 Jahre. Gerbert, alt 2 Jahre, V. Johann Leuta, Eisenb.-Schaffner. Al. Herline Ernst, Witwe von Josef Ernst, Kaufmann, alt 55 Jahre. Riss Raab, Tagelöhner, Chemann, alt 41 Jahre. Hedwig Wiedemann, alt 42 Jahre, Ehefrau von Joh. Wiedemann, Gastwirt. Antje Stengel, alt 41 Jahre, geb. Ehefrau von Joh. Stengel, Kaufm. Anna Blasi, alt 75 Jahre, Witwe von Joh. Blasi, Privatmann. Johann Ehorn, Zugmeister, Ehemann, alt 50 Jahre. Anna Krieg, alt 50 Jahre, Witwe von Joh. Blasi, Privatmann. Augustinus Jita, Postsekretär, Ehemann, alt 58 Jahre. Elisabeth Petersen, alt 66 Jahre, Ehefrau von Heinrich Petersen, Privatm. Anna Wölter, alt 62 Jahre, Ehefrau von Damian Wölter, Eisenb.-Sekretär. Amalie Reich, alt 79 Jahre, Marie Köpfer, alt 77 Jahre, Ehefrau von Joh. Köpfer, Bürodiener. Eva Köpfer, alt 35 Jahre, Ehefrau von Karl Köpfer, Eisenbedner. Rosa Jini, Kontoristin, alt 20 Jahre.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Mitteilungen aus der letzten Stadtratssitzung

Amisabberlegung. Prof. Dr. Willi Sellpach hat sein Amt als Stadtverordneter niedergelegt. An seine Stelle tritt nach den gesetzlichen Bestimmungen als nächster der gleiche Wahlvorschlagszettel angehöriger Bewerber der Deutschen Demokratischen P. Böttlob Kolz.

Vertical text on the right edge of the page, likely from an adjacent page or a narrow column.

Abbau der Böhne im Saargebiet

U. Saarbrücken, 21. Nov. Die französische Saargebiet...

Befestigung der deutschen Werke durch General Nollet

U. Berlin, 21. Nov. Die Deutschen Werke in Spanien...

Sozialdemokratischer Aufruf gegen Linksradikale

U. Berlin, 21. Nov. Der Vorstand des sozialdemokratischen...

Auffstand in Britisch-Indien

U. London, 21. Nov. Einer Exchange-Meldung aus...

Zahl der in den Kämpfen Getöteten ist gestiegen. Frauen und...

Ein Kommunistensieg in Paris

U. Paris, 21. Nov. Der von den Kommunisten in einem...

Die Transportarbeiter gegen den Krieg

Ein Aufruf an die Arbeiter aller Länder

Amsterdam, 21. Nov. In einer vom Bureau des Internationalen...

Schriftleitung Georg Schöpflin. Verantwortlich für Artikel, Politische...

Wandkalender für 1922

ist erschienen und wie immer hübsch ausgestattet. Wir geben...

Unsere Filialinhaber

welche den „Volkfreund“ durch die Post überwiesen erhalten...

Bereinsanzeiger

Bei 5 u. mehr Zeilen 1.50 die Zeile. Bei 1.50 die Zeile...

Nachruf.

Am Freitag verschied unser liebes...

Richard Pahr

Mit diesem Schmerz vernahmen wir die Trauerkunde...

Freie Turnerschaft Karlsruhe e. V.

Städtische Konzerte im Konzerthaus.

Samstag, 26. November, Nordisches Orchester-Konzert...

Dienstag, den 22. November 2636

Landestheater.

7 bis 7/10 Uhr. Volksbühne C 4...

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltung Karlsruhe.

Theater-Abende

Wir haben das Badische Volkstheater zu 3 Theater-Vorstellungen...

Karlsruher Hausfrauenbund

Die bereits für Donnerstag, den 24. November...

Frauenvereinsausflug

findet nun erst am Donnerstag, den 24. ds. Mts., abends...

„Die Milchverforgung“

Referent: Der Vorstand des städtischen Milchamtes...

Kunst-Blumen

Blätter und Bestandteile 6930

W. Eims Nachf., str. 4.

Wie suchen

für hier: 2 ältere Eisenbrenner, 1 Feinmechaniker...

Städt. Arbeitsamt Karlsruhe

Tüchtiger 7187 Bauschlosser gesucht Nagel & Weber Karlstrasse 90

Durlacher Anzeigen.

Minorverkaufspreise für Obst und Gemüse

Table with 2 columns: Gemüse, Preis. Includes items like Blumenkohl, Endivien, Fenchel etc.

Obst:

Table with 2 columns: Obst, Preis. Includes items like Äpfel, Birnen, Kirschen etc.

Städt. Preisprüfungsamt.

Bruchtaler Anzeigen.

Anfolge der erhöhten Betriebskosten wird der Preis...

Der gute Geruch



der feine Gehalt, dazu gehört die Rotfroschgestalt!

Erdal

zutat die Schuhe, pflegt das Leder.

Alleinhersteller Werner & Mertz A.-G. Mainz

Puppen-Klinik Eng. Hertweck. Ersatzteile, Puppen, Perücken.

Städt. Freibank. Geldkassengasse 200. Mittwoch, 9-10 Uhr.

Öffentl. Vergebung von Schreiner- und Tischlerarbeiten.

Damen-Pelze. Pelzhaus Lehmann. Zirkel 32, 1 Treppe hoch.

Alt-Eisen, Metalle, Akten, Papier, Lumpen. Jakob Schmeller, Karlsruhe.

Geld. erhalten Sie bei günstigen Bedingungen...

Schlafzimmer. mit Kristallspiegel und Marmor...

Gehöranzüge. Frackanzug, Einbahnanzug...

Weberzieher. Nasser, Mäntel, auch graue...

Table with 3 columns: Gemüse, Pfund, Preis. Includes items like Blumenkohl, Endivien, Fenchel etc.

Waldfreu-Versteigerung.

Das Badische Forstamt Karlsruhe-Hardt...

Unsere treuesten Kunden sind die klugen Hausfrauen.

Gebo-Seifenhaus

7224 (Fabrikniederlage) Karlsruhe

Kaiserstr. 36a Karlsruhe

neb. d. Elefant. Geöff. v. 8-7 Uhr

L. Engelhard, Gartenstr. 11, H. III.

erhalten Sie bei günstigen Bedingungen...

